

Der soziale Konflikt

Wenige Monate nach der Reichsgründung, die in Deutschland höchste Euphorie auslöste, waren (laut amtlicher Feststellung) allein in Berlin 10 600 Personen obdachlos. Das Vorgehen der Behörden gegen sie führte im Juli 1872 zu erbitterten Barrikadenkämpfen, die von der Polizei unter grossem Aufwand niedergeschlagen wurden.

Es zeigte sich bereits deutlich, dass trotz Reichsgründung und wirtschaftlichem Aufschwung die sozialen Konflikte die Gesellschaft in zunehmendem Masse bestimmten. Vor allem der Gegensatz zwischen Arm und Reich wurde immer grösser. Ein Zeitgenosse spricht in der Rückschau von "Massenelend furchtbarster Art" auf der einen und "ungeheuren Gewinnen ohne jede volkswirtschaftliche Gegenleistung" auf der anderen Seite. Dieser zunächst unterschwellige, bald offen zu Tage tretende Konflikt äusserte sich in harten Fabrikordnungen, Aussperrung und Ausbeutung einerseits und Streiks, Lohnkampf und politischen Forderungen andererseits. Adel und Bürgertum betrachteten das Proletariat mit Skepsis, hielten es bestenfalls für unmündige Kinder, denen eine starke Hand not tue, schlechtestenfalls für vaterlandsloses, sittlich und moralisch gefährdetes oder sogar verkommenes Gesindel. Sorge wegen des wachsenden Radikalismus machte man sich aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in diesen Kreisen jedoch nicht, denn das Bündnis zwischen Aristokratie und Bürgertum, die viel zitierte Allianz von "Krautjunkern" und "Schlotbaronen", stand fest. Die Monarchie hielt man für unerschütterlich und sah das Heer als sicheren, verlässlichen Garanten der bestehenden Verhältnisse an. "Unser Volk zerfiel immer mehr in zwei Nationen, die getrennt waren durch verschiedene Welt- und Staatsauffassungen, die verschiedene Feste feierten, verschiedene Ideale im Herzen trugen. Und die Kluft wurde von Tag zu Tag grösser." Der Erfolg über den "Erzfeind" Frankreich und die Gründung des Deutschen Reichs bewirkten eine Abkehr des Bürgertums vom Liberalismus der Paulskirche.

"Das deutsche Bürgertum verband sich im Zeichen der 'Realpolitik', des Primats der Aussenpolitik und des beginnenden Imperialismus mit dem starken Staat, der allein die Existenz und den Aufstieg der Nation zu garantieren schien. Die Konsequenz war eine fortschreitende Feudalisierung und Militarisierung der Nation, der Bruch grosser Teile des Bürgertums mit seiner freiheitlichen, liberalen, ja demokratischen Tradition." Die Rechtsentwicklung des deutschen Bürgertums trug wesentlich zur Spaltung des deutschen Volkes bei, da sie die Polarisierung zwischen Proletariat ("wir da unten") und der "neuen Ordnung" (Aristokratie, Bürgertum, Kirche, Staat; "die da oben") verstärkte. Die zunehmende soziale Isolierung der Arbeiterschaft verhärtete die Fronten und vertiefte dadurch die Spaltung noch mehr.

Dieser grundlegende Konflikt wurde durch das Entstehen zahlreicher Interessengemeinschaften und Interessenvertretungen verdeutlicht. Auf Unternehmerseite entstanden neben den rein wirtschaftlichen Zusammenschlüssen (z.B. Kartelle) auch in wachsender Zahl solche mit politischem Charakter:

§ 1876: "Centralverband Deutscher Industrieller" (konservativ);

§ 1895: "Bund der Industriellen": nationalliberale Interessenvertretung der chemischen und Elektroindustrie;

§ 1904: "Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" (konservativ);

§ 1909: "Hansabund" (freisinnig); er vertritt die Interessen des gesamten Bürgertums (Industrie, Handel, Banken, Handwerk und Angestellte);

§ 1913: "Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände". Dieser Dachverband war die Reaktion des Bürgertums auf den wachsenden Druck der Arbeiterschaft. Verbindend war das gemeinsame Interesse, die Arbeiterschaft bzw. deren Interessenvertretungen (in erster Linie die freien Gewerkschaften) als gleichberechtigte Verhandlungspartner im Wirtschaftsprozess zu bekämpfen.

Dagegen standen die Interessenvertretungen der Arbeiterschaft, die sich seit 1848 entwickelt hatten. Dies waren die freien (oder: sozialistischen) Gewerkschaften, denn die christlichen oder liberalen spielten kaum eine Rolle, und die Arbeitnehmerparteien. Vor allem die revolutionäre "Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands", die August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründeten, verdeutlichte durch ihre radikal-marxistischen Forderungen die Schärfe des sozialen Konflikts.

Die soziale Frage

Die soziale Frage entstand in Deutschland, weil sich aufgrund der industriellen Entwicklung die Umwelt, die Arbeitsbedingungen, das traditionelle soziale Gefüge, die Lebensgewohnheiten und der Alltag grundlegend veränderten. Diese Veränderungen verursachten in grossen Teilen der Bevölkerung Not, erzeugten Massenelend, soziale Unsicherheit und tiefe menschliche und politische Erniedrigung.

Voraussetzungen

Im wesentlichen sind es vier Voraussetzungen, die zur sozialen Frage geführt haben:

§ Die Entstehung einer breiten Schicht gewerblicher Lohnarbeiter, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Situation völlig abhängig vom Arbeitgeber waren;

§ niedrige Löhne, die aufgrund des Überangebots an Arbeitskräften von den Unternehmern lange Zeit an der Grenze des Existenzminimums gehalten wurden;

§ die grosse Konkurrenz im handwerklichen Bereich drückte die Einkommen;

§ der Wirtschaftsliberalismus verhinderte bis Mitte der achtziger Jahre ein staatliches Engagement und machte auch privatunternehmerische Initiativen zur Lösung der sozialen Frage zur Ausnahme.